



GdP erzielt Verbesserungen, aber ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn diese Dezemberausgabe der Zeitschrift der GdP zu Hause gelesen wird, dann ist der Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 mit den Stimmen der Regierungskoalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Novembersitzung des Landtages vermutlich beschlossen.

Die GdP Niedersachsen hat bis zum Schluss für einen ausreichenden Finanzrahmen für die Polizei gestritten, geschrieben und demonstriert. Letztendlich scheint es gelungen zu sein, den im Juni vorgelegten und nicht zufriedenstellenden Haushaltsentwurf der Landesregierung aufgrund unserer Gespräche und Aktionen durch die Regierungsfractionen zu verbessern. Bereits im Oktober haben wir darüber berichtet, dass die Politik einen Teil unserer Forderungen umsetzen will.

Konkret geht es um zusätzliche Stellenhebungen über die 250 vom Kabinett vorgesehenen hinaus, um die Verringerung der Eigenbeteiligung bei der Heilfürsorge sowie um die Dynamisierung bei der DUZ-Erhöhung. Vorbehaltlich, dass dies auch wirklich beschlossen wurde, kann man von einem Erfolg der GdP für einen Teil der Beschäftigten sprechen.

Diese Verbesserungen sind zwar sehr begrüßenswert, es besteht aber weiterer Handlungsbedarf. Leider ist es erneut nicht gelungen, beim Thema Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes – trotz hervorragender Haushaltslage – echte Unterstützer unter den politisch Verantwortlichen zu bekommen. Die Stellenhebungen sorgen zwar für ein wenig Entlastung, erforderlich ist aber, dass diese zum 1. Juni 2017 erfolgen sowie all diejenigen befördert werden, die Gefahr laufen, ohne eigenes Verschulden mit A 9 in Ruhestand versetzt zu werden; hier ist allerdings die Solidarität der gesamten Polizei, einschließlich aller Kolleginnen und Kollegen, gefragt. Trotz dieser zusätzlichen Beförderungen verringern sich die Wartezeiten von A 9 nach A 10 aber nur marginal, insofern sind weitere zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten notwendig.

Das Ziel der GdP bei DUZ bleibt natürlich weiterhin eine Erhöhung auf 5 Euro pro Stunde. Ebenso verfolgen wir dauerhaft die Rückkehr zur gänzlich freien Heilfürsorge, eine zustimmende Diskussion über den Einstieg in ein Weihnachtsgeld und wir wollen auch zusätzliche Perspektiven für unsere Tarifbeschäftigten sowie für unsere Verwaltungsbeamten/-innen erzielen.

Aufgrund des Doppelhaushaltes wird es nächstes Jahr keine Haushaltsberatungen geben, es sei denn, es kommt zu Nachtragshaushalten. Das heißt, dass die GdP ihr Attraktivitätsprogramm von 2011 aktualisieren und die dort skizzierten Erwartungen in die Wahlkampfphase zur Landtagswahl am 14. Januar 2018 einbringen wird. Das ganze Jahr über werden wir die Parteien fordern, aber insbesondere auf unserem Landesdelegiertentag im November 2017 erwarten wir klare Positionierungen der Politik.

Die Innere Sicherheit, die Attraktivität unseres Berufes und auch die Wertschätzung der hervorragenden Leistungen aller Polizeibeschäftigten erfordern mehr Investitionen.

Im Dezember 2016 beginnen die Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten. Auch hier werden wir alle gefordert sein – egal ob Beamten- oder Tarifbereich –, um den bestehenden Nachholbedarf zu verringern.

Am 9. Dezember gehen GdP, ver.di und GEW darüber hinaus erneut für die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes auf die Straße, auch hier ist personelle Unterstützung der Kollegenschaft nötig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt also weiterhin viel zu tun. Das geht nur gemeinsam mit großer Solidarität. Dafür steht die GdP und es ist gut, dass so viele in der Polizei das auch so sehen. Die Mitgliedszahlen sind steigend, erst vor Kurzem sind fast 75 % der 930 am 1. Oktober 2016 neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen in die GdP eingetreten. Gemeinsam erzielt man Erfolge, alleine erreicht man nichts.

Im Namen der GdP Niedersachsen wünsche ich eine schöne Vorweihnachtszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

Dietmar Schilff, Landesvorsitzender

*Schenke groß oder klein,
aber immer gediegen.
Wenn die bedachten
die Gaben wiegen,
sei Dein Gewissen rein.
Schenke herzlich
und frei.
Schenke dabei,
was in Dir wohnt
an Meinung, Geschmack
und Humor,
so dass die eigene
Freude zuvor
Dich reichlich belohnt.
Schenke mit Geist
ohne List.
Sei eingedenk,
daß Dein Geschenk
Du selber bist.
(Joachim Ringelnatz)*



Die Gewerkschaft der Polizei wünscht all ihren Mitgliedern und deren Familien ein friedliches und gesegnetes Weihnachtsfest.



GdP-Beirat wählt Kevin Komolka in den GsV

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die übernächste Ausgabe **2/2017 bis zum 28. Dezember 2016.**

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

GEMEINSAM STARK
für deine Zukunft!



www.gdp.de/niedersachsen

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de

Redaktion:

Christopher Fink
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

Der Beirat, der gemäß der Satzung der GdP Niedersachsen das höchste Gremium zwischen den Delegiertentagen ist, diskutierte auf seiner jährlichen Sitzung am 27. Oktober 2016 aktuelle gewerkschaftliche Themen und wählte Kevin Komolka zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen selbstverständlich die anstehenden Haushaltsentscheidungen des Landtages mit ihren Auswirkungen auf die Polizei durch die Erhöhung von DUZ, der Wiedereinführung der Heilfürsorge und den dringend notwendigen Stellenhebungen. Einigkeit bestand darin, dass es insbesondere bei der Heilfürsorge noch viel Informationsbedarf bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen gibt und hier Erfahrungsberichte der bereits Heilfürsorgeberechtigten hilfreich sind. Der Beirat sprach sich geschlossen dafür aus, dass die Erhöhungen beim DUZ nur ein Zwischenschritt sein könne und an der Forderung nach 5 Euro weiter festgehalten werden muss. Ebenfalls beraten wurden die Vorschläge der LAG Verwaltung und die Notwendigkeit der Umsetzung der entwickelten Vorschläge. Auch die Anfang nächsten Jahres anstehenden Tarifverhandlungen und die erneute fatale politische Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, die Besoldungserhöhungen unabhängig

vom Ausgang der Tarifverhandlungen im Haushalt festzuschreiben, boten regen Diskussionsstoff.

Im Rahmen seiner Zuständigkeit beschäftigte sich der Beirat auch mit Fragen des Haushaltes der GdP, in dem unter anderem auch für das Jahr 2017 wieder ein attraktives Seminarprogramm eingeplant ist.

Einstimmig wählte der Beirat Kevin Komolka zum stellvertretenden Vorsitzenden der GdP Niedersachsen. Der Vorsitzende der GdP, Dietmar Schilff, freut sich über die Verstärkung durch den in der JUNGEGRUPPE-Arbeit Routinierten und wünscht ihm viel Erfolg bei den gemeinsam anstehenden Aufgaben.

Der 28-jährige Komolka hat bereits langjährige Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Arbeit gesammelt. Als ehemaliger Landes- und amtierender Bundesjugendvorsitzender hat er Verantwortung übernommen und sich für die Interessen insbesondere der jungen GdP-Mitglieder eingesetzt. So wurde in dieser Zeit beispielsweise die bundesweite Kampagne „AUCH MENSCH“ neu aufgelegt, mit der die GdP aktiv auf die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte hinweist.

Komolka folgt in der Position als stellvertretender Landesvorsitzender dem ausgeschiedenen Klaus Dierker, der aufgrund seiner dienstlichen Verwendung im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme sein Amt niedergelegt hatte.

JH

„Tannenbaumaktion“ in Hannover

Freitag, 9. Dezember 2016, 14.00–15.30 Uhr am Steintorplatz

Als erneute Erinnerung an die vollständige Streichung des Weihnachtsgeldes und Urlaubsgeldes, aber auch als Auftakt der anstehenden Tarif- und Besoldungsrunde führt die GdP gemeinsam mit der GEW wieder die „Tannenbaumaktion“ in Hannover durch. Die Kundgebung beginnt am 9. Dezember 2016 um 14.00 Uhr auf dem Steintorplatz in Hannover. Ein Bundesvorstandsmitglied der GEW sowie der GdP-Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff werden sprechen. Außerdem sind Beiträge von Beamten/-innen und Tarifbeschäftigten von GdP und GEW geplant. Eingeladen werden außerdem Vertreter von allen Landtagsfraktionen und der Landesregierung. Die Kundgebung dauert ca. 1½ Stunden. Informationen gibt es bei Euren Kreis- und Bezirksgruppen.

Kommt nach Hannover und tretet für unsere gemeinsamen Forderungen ein!
Red.



DELEGIERTENTAG DER BG LÜNEBURG**Martin Hellweg stand nicht mehr zur Kandidatur zur Verfügung**

Zu ihren zweitägigen Bezirksdelegiertentagen trafen sich fast 60 Entsandte aus acht Kreisgruppen im Land- und Seminarhotel Jeddinger Hof in Visselhövede, nördlich von Walsrode. Martin Hellweg eröffnete den ersten Tag, berichtete von der aktuellen gewerkschaftlichen Entwicklung auf Landesebene und forderte die Rechenschaftsberichte der einzelnen Untergruppierungen ab.

Anschließend ließ er es sich nicht nehmen, Weggefährten der letzten Jahre zu ehren, darunter ehemalige Kreisgruppenvorsitzende und Mitwirkende des erweiterten Bezirksgruppenvorstandes. Denn für die anschließenden Wahlen zum Vorstand der GdP-Bezirksgruppe Lüneburg stand er nicht mehr zur Verfügung. Martin, auch seit vielen Jahren Vorsitzender des Hauptpersonalrates, möchte sich zukünftig auf seine Aufgaben auf Landesebene konzentrieren. Als neuer Kandidat für den Vorsitz wurde **Torsten Bahlinger** vorgeschlagen. Der 49-Jährige, gebürtiger Schleswig-Holsteiner, ist seit vier Jahren in Lüne-

burg im IT-Bereich tätig. Seit 32 Jahren bei der Polizei, erst beim Bundesgrenzschutz, wechselte dann zur Landespolizei nach Niedersachsen mit Stationen bei der Bereitschaftspolizei und dem Autobahnpolizeikommissariat in Winsen/Luhe. Gewerkschaftliche Erfahrungen sammelte er in der KG Harburg als Kassierer und ist auch stellv. Vorsitzender der KG Lüneburg. Bereits seit vier Jahren wirkte er als Schriftführer in der BG mit und brachte u. a. das zu Papier, was Martin mündlich bei den Sitzungen und Veranstaltungen vortrug. Nun lag es an den fünfzehn ordentlichen Delegierten, einen Generationswechsel einzuschlagen und dies taten sie auch. Bei einer offenen Abstimmung wurde Torsten einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt und tritt nun die Nachfolge von Martin an, der dieses Amt zwölf Jahre innehatte. Unter den weiteren 24 gewählten Positionen im erweiterten Vorstand sind acht Kolleginnen/Kollegen dabei, die bisher noch keine Funktionen wahrgenommen hatten. Somit kann Torsten auf viel Erfahrung von wiedergewählten Mitwirkenden bauen, aber auch frisches Blut in die Lüneburger Gewerkschaftsarbeit fließen lassen. Nach

den Wahlen versammelten sich die neugewählten Kolleginnen und Kollegen bei Torsten am Rednerpult. Martin erhielt diverse Präsenten als Dank für seine Tätigkeit als Vorsitzender und Schriftführer der BG Lüneburg, darunter auch ein Foto seines „alten“ Vorstandes, welches, so Martin, einen Platz in seinem Büro in Hannover finden wird. Er bleibt dem neuen Vorstand aber erhalten, denn er wurde als Beisitzer gewählt. Es schloss sich ein Abendessen an und es wurden, bis in die Nacht, interessante gewerkschaftliche und nicht gewerkschaftliche Gespräche geführt. Untermalt wurden diese Stunden von Musik aus einer Jukebox. Der zweite, öffentliche Delegiertentag wurde von Torsten eröffnet und er begrüßte diverse Gäste. Darunter Inspektionsleiter, Dezernatsleiter und Dezernenten der Polizeidirektion Lüneburg sowie Vorsitzende anderer GdP-Bezirksgruppen. Grußworte wurden gesprochen von Herrn Ralf Goebel (Bürgermeister der Stadt Visselhövede), Herrn Matthias Oltersdorf (Polizeivizepräsident der PD Lüneburg) und von unserem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff. Anschließend leitete Torsten über zu einer Gastrednerin. Frau Gehrke Minrath, Vorstandsvorsitzende des Vereins „Keine Gewalt gegen Polizisten e.V.“. Sie referierte zum Thema – Gewalt gegen Polizisten, ein Problem, das uns alle angeht – und veranschaulichte dies durch viele Fotos und Videosequenzen. Noch einmal vielen Dank für diesen kurzweiligen und beeindruckenden Vortrag. Danach beendete Torsten diese Delegiertentage, seine ersten als Vorsitzender der BG Lüneburg, und nach einem gemeinsamen Mittagessen traten alle ihre Heimwege an.

Über 1500 Mitglieder/-innen sind in der GdP in der Polizeidirektion Lüneburg organisiert und diese heißt es nun für Torsten an der Stange zu halten bzw. auszubauen. Als ein Ziel hat er sich vorgenommen, die Aktivität der Jungen Gruppe zu erhöhen. Diese jungen Menschen möchte er nicht nur als „passive“ Beitragszahler sehen, sondern auch in die Gewerkschaftsarbeit aktiv miteinbinden.

TB

Neu gewählter BG-Vorstand von links: Falk Leja (stellv. Kassierer), Ralph Reinhardt (stellv. Vorsitzender), Hauke Papenberg (stellv. Vorsitzender), Regina Jänichen (Schriftführerin), Torsten Bahlinger (Vorsitzender), Martina Alexander (Kassiererin), Martina Grellmann (stellv. Vorsitzende) und Stephan Bühler (stellv. Schriftführer).

Foto: Daniel Reinhard



Polizeiverwaltung in der Sackgasse

Am 21. September 2016 fand in der Geschäftsstelle die diesjährige Sitzung des Fachausschusses Polizeiverwaltungsbeamte/-innen statt. Neben dem gewerkschaftlichen Situationsbericht und den Berichten aus den Bezirksgruppen nahm die Diskussion über die Ergebnisse der Landesprojektgruppe zur Überprüfung von Perspektiven in den Verwaltungsbereichen der Polizei einen breiten Raum ein.

Mit großen Erwartungen und entsprechendem Optimismus wurde die bereits im Jahre 2013 auf Vorschlag der GdP durch Landespolizeipräsident Biniyas eingesetzte Landesprojektgruppe (LPG) durch den FA Verwaltung begleitet. Umso größer war die Enttäuschung, als das Ergebnis der Prüfung der Vorschläge durch das Innenministerium den Projektmitgliedern am 14. September 2016 bekanntgegeben wurde:

Kaum ein zukunftsweisender Vorschlag der LPG wurde vom Landespolizeipräsidentium (LPP) anerkannt, geschweige denn beabsichtigt, umgesetzt zu werden. Aufgrund der desolaten Beförderungssituation, Nachwuchsmangel und Nachwuchsbindung wurde seinerzeit die Projektgruppe eingesetzt. Zur Verbesserung der Situation hatte diese bereits mit dem Abschlussbericht Anfang Dezember 2015 u. a. die Umwandlung von ca. 70 Stellen des Polizeivollzugsdienstes, die seit langer Zeit bereits von Polizeiverwaltungsbeamtinnen und -beamten besetzt werden, in Stellen der Verwaltung vorgeschlagen.

Hierdurch würde die Überschreitung der Stellenplanobergrenzen beiseitigt und die zur Zeit untersagte Nutzung des „Gleitvermerkes“ wieder ermöglicht werden. Zuordnung von Dienstposten, die ausschließlich Verwaltungsaufgaben beinhalten, zum Verwaltungsdienst und Umwandlung der entsprechenden Planstellen.

Hier hatte die LPG rund 560 Dienstposten identifiziert, die grundsätzlich der Verwaltung zuzuordnen sind und zwar, weil die Aufgabenwahrnehmung keine vollzugspoli-

zeiliche Ausbildung erfordert und teilweise bereits durch Verwaltungspersonal erfolgt. Aufgrund der politischen Lage im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation wurden im Herbst 2015 bereits Freisetzungsmöglichkeiten von 85 Vollzugsdienstposten geschaffen, sodass letztlich noch 485 Dienstposten umgewandelt werden müssten. Hierdurch könnten erhebliche Haushaltsmittel eingespart werden, die in zusätzliche Stellen und Hebungen für die Polizei reinvestiert werden müssten. Die Umwandlung der Stellen wurde letztlich vor dem Hintergrund vorgeschlagen, weil das LPP einem zunächst favorisierten gemeinsamen Stellenplan keine Chance auf Realisierung eingeräumt hatte. Durchgeschlüsselte Hebungen von A 9 nach A 14 für jede Polizeibehörde.

Als Gegenfinanzierung der hierdurch entstehenden Mehrkosten i. H. v. ca. 220 000,- Euro p.a. wurde die Einsparung von sieben seit Jahren unbesetzten Stellen der BesGr. A 7 BBesO der Polizeiverwaltung vorgeschlagen. Durchgehende bedarfsgerechte Dienstpostenbewertung für den Polizeiverwaltungsbereich, die nach §§ 18 BBesG, 9 NBesG vorgeschrieben sind.

All diese Vorschläge, die endlich eine zukunftsorientierte Entwicklung der Polizeiverwaltung ermöglichen würden, wurden vom LPP abgelehnt, angeblich mit ausdrücklicher Zustimmung des Ministers und auch mit dem Hinweis, dass jegliche Stellenumwandlung den Widerstand aller Abgeordneten hervorrufen würde.

Völlig ignoriert wurde in diesem Zusammenhang auch die Denkschrift des Landesrechnungshofes, mit der die Ergebnisse und Vorschläge der LPG Verwaltung teilweise nachdrücklich bestätigt wurden.

Mit der Entscheidung, das vielversprechende Ergebnis der LPG Verwaltung nicht umzusetzen, stirbt nunmehr die letzte Hoffnung vieler Kolleginnen und Kollegen auf eine Verbesserung der Situation. Hiermit werden nicht nur einzelne Personen, sondern eine ganze Laufbahngruppe auf das Abstellgleis eines Sackbahnhofes mit der Überschrift „Dead End“ geschoben.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeiverwaltung fühlen sich aufgrund fehlender Karrieremöglichkeiten immer mehr als Randgruppe in der Landespolizei ohne Lobby. Trotz des starken Engagements ausschließlich der GdP scheint der Wille für eine Verbesserung der Situation nicht vorhanden zu sein, weder im LPP noch im Innenministerium noch bei der Politik.

Ein proaktives Handeln der Entscheidungsträger ist nicht erkennbar. Es scheint zudem, als fehle es an dem Willen, etwas zu bewegen.

Engagierte Menschen werden mittelfristig den Polizeibereich verlassen und sich Kommunen oder anderen Landesverwaltungen zuwenden, denn die haben mehr zu bieten. Nachwuchs wird nicht in erforderlichem Umfang gewonnen – geschweige denn gebunden – werden können, da auch hier die Konkurrenz mehr in die Waagschale werfen kann.

Es werden frustrierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückbleiben, die die mannigfaltigen und anspruchsvollen Aufgaben in den Bereichen der klassischen Verwaltung, des Personal- und Disziplinarwesens, der Beschaffungs-, Bewirtschaftungs-, Liegenschafts- und Haushaltsangelegenheiten, des Controllings, der Strategie, Schadensregulierungen, Gebührenerhebungen, des Justizariats und der Sonderverwendungen wie des Polizeiarztlichen und Sozialwissenschaftlichen Dienstes sowie der Analysebereiche allein bewältigen müssen. Arbeitsverdichtungen werden in Verbindung mit einem Mangel an Perspektiven zu weiterer Frustration führen. Der Zustand wird sich zunehmend deutlich verschlechtern.

Die Mitglieder des FA Verwaltung waren sich abschließend einig, dass ein für eine erfolgreiche Verwaltung vorausschauendes und vorsorgendes Personalmanagement derzeit nicht erkennbar und die Frage an unseren Innenminister zu richten ist, was mit Blick auf den Fürsorgegedanken, die Handlungsmaxime der Strategie 2020 und das Gesundheitsmanagement unternommen wird, um die düsteren Zukunftsaussichten in der Verwaltung aufzuhellen.

Detlef Ruppelt



KOMMENTAR ZUR LANDESPROJEKTGRUPPE VERWALTUNG**„Verfahrenre Situation muss verbessert werden“**

Am 8. Juli 2013 waren Detlef Ruppelt, Hans-Jörg König und ich bei Landespolizeipräsident Uwe Binias und haben ihm die Einrichtung einer Projektgruppe vorgeschlagen, um die seit Jahren unbefriedigende Situation in der Polizeiverwaltung – Beamten- und Tarifbereich – zu verbessern. Diesem Vorschlag wurde auch gefolgt. Mit viel Engagement und Enthusiasmus sind die Mitglieder der Projektgruppe an die Arbeit gegangen und haben gemäß dem Auftrag fortschrittlich gedacht und gute Ideen entwickelt. Auch mit dem Innenminister

wurde dieses Thema mehrmals besprochen und eingefordert, in der Polizeiverwaltung politisch Zeichen zu setzen. Ebenso wurde mit allen Innenpolitikern diskutiert. Gerade die SPD hatte als Opposition zugesagt, sich für die Umsetzung des Attraktivitätsprogramms der GdP aus 2011 einzusetzen, in dem zwei Extrabereiche für Verwaltungsbeamte/-innen und Tarifbeschäftigte enthalten sind. Deprimierend ist es schon, wenn über Jahre den Worten keine Taten folgen. Insbesondere für unsere Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsbereich,

die mit an dem Produkt Innere Sicherheit arbeiten und ohne die es nicht gehen würde, aber ebenso für die Gesamtorganisation, da es aktuell versäumt wird, sich moderner aufzustellen.

Die GdP wird mit allen Fraktionen weitere deutliche Gespräche führen und nicht nachlassen, die verfahrenre Situation in der Verwaltung zu verbessern. Vor der Landtagswahl im Januar 2018 werden wir sehen, wer unseren Vorstellungen am nächsten kommt und werden das dann auch publik machen. **Dietmar Schilff**

FACHTAGUNG HD**„Deutschland braucht mehr Stammtische“**

Die Fachtagung für den „Höheren Dienst“ der Polizei Niedersachsen am 4. November 2016 war durch die ca. 60 Teilnehmer von einem sehr offenen Austausch geprägt. Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff schilderte die Situation der Polizei sowohl aus gewerkschaftlicher Sicht als auch in der Wiedergabe der Darstellungen vieler Kolleginnen und Kollegen.

Petra Franzen, Mitglied im geschäftsf. Landesvorstand, führte eine kritische Bestandsaufnahme der mangelnden Ergebnisse aus der zweijährigen Arbeit der dienstlichen Projektgruppe zur Polizeiverwaltung durch. Ergänzt wurden die Ausführungen von Volker Feige, Sprecher des Arbeitskreises Höherer Dienst, der die aus seiner Sicht bestehenden Baustellen in der Polizei ansprach. Dazu zählte natürlich insbesondere die zunehmende Belastung der Beschäftigten in allen Bereichen. Landespolizeipräsident Uwe Binias beschrieb die gestiegene Arbeitsintensität des Landespolizeipräsidiums, aber auch aller anderen Polizeibehörden/-dienststellen, unter anderem auch durch die Zunahme politischer Anforderungen, insbesondere derzeit durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Neben der Beschäftigung mit polizei-internen Problemstellungen wurde, wie schon auf den bisherigen HD-Tagungen, auch dieses Jahr die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in den Blick genommen. Mit einem sehr interessanten und guten Beitrag wagte der Privatdozent bei der Universität Göttingen, Dr. Stephan Klecha, Erklärungsansätze für die Polarisierung der Parteienlandschaft und der Abkehr immer mehr Menschen von der Politik. Seiner Einschätzung nach findet kein pluralistischer Meinungs-austausch mehr statt. Viele Menschen würden empfinden, dass nicht mehr die Mehrheit bedient und Entscheidungen durch die Politik nicht mehr nachvollziehbar dargestellt werden würden. Ideologische Heimatlosigkeit führe zur Abkehr von etablierten Parteien. In der Folge gäbe es niemanden mehr, der komplizierte Prozesse erklären könne, weil sich die etablierten Parteien aus der Fläche zurückzögen. Nach Lösungen gefragt, empfahl er, dass die Politik Kompromisse als positiven Aspekt darstellen, vehement verteidigen und sich der Debatte stellen müsste. Um auf die Wahrnehmung der Menschen zu reagieren, sei ein intensiver Meinungs-austausch wichtig, wie er früher – auch mit Politikern – an Stammtischen stattgefunden habe. Er resümierte plakativ: Deutschland brauche wieder mehr Stammtische. **JH**

BG GÖTTINGEN**Verabschiedung von Harald Calsow**

Harald Calsow war von 2004 bis 2015 Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Göttingen. 1980 in die GdP eingetreten, setzte er sich engagiert über viele Jahre zunächst als Vorsitzender der Kreisgruppe Nienburg, dann als Bezirksgruppenvorsitzender ehrenamtlich für die Verbesserung der Arbeitssituation in der Polizei ein. Im Hauptamt Leiter der Polizeistation Marklohe betreibt er engagierte Gewerkschaftsarbeit im Ehrenamt mit viel Herzblut, aber auch Sachlichkeit und Ruhe. Sein ausgeglichenes Wesen und die Verlässlichkeit seines Rates erhoffen wir uns aber auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am 31. 10. 2016 weiterhin über viele Jahre. Zu seiner Verabschiedung waren neben der örtlichen Politik auch der Landespolizeidirektor Knut Lindenau, der Inspektionsleiter Frank Kreykenbohm, der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff und ganz viele Kolleginnen und Kollegen erschienen. Dietmar Schilff dankte dem Neupensionär in einer kurzen Laudatio für sein herausragendes gewerkschaftliches Engagement.

Ralf Hermes/Red.

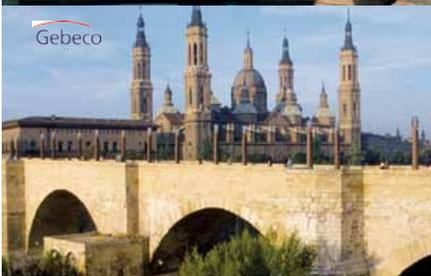
GdP-Seniorenreise
19. bis 26. April 2017

GdP Seniorenreise 2017

Unterbringung im
 Doppelzimmer p. P.
€ 1.299

**Unentdeckter Norden –
 Entlang der Pyrenäen nach
 Barcelona**

8-tägige Reise ab Hamburg oder Hannover, Reisettermin: 19. bis 26. April 2017



**Sie glauben,
 Spanien zu kennen?**

Dann kommen Sie, wir nehmen Sie mit auf eine besondere Reise zu den versteckten Höhepunkten des Landes zwischen Bilbao und Barcelona. Moderne Kunst – mittelalterliche Marktplätze – freundliche Menschen und leckere „Pintxos“ erwarten Sie. Heben Sie mit uns die unentdeckten Schätze Nordspaniens!

- 1. Tag: Anreise nach Bilbao von Hannover oder Hamburg mit der Lufthansa
- 2. Tag: San Sebastian und Gernika
- 3. Tag: Die traditionsreiche Stadt Pamplona
- 4. Tag: Königsbauten in zauberhafter Landschaft
- 5. Tag: Huesca und das Weinanbaugebiet Somontano
- 6. Tag: Zaragoza, lebendige Altstadt Aragóns
- 7. Tag: Metropole am Mittelmeer – Barcelona
- 8. Tag: Gotisches Viertel und Rückreise von Barcelona nach Hannover oder Hamburg

- Zug-zum-Flug in der 2. Klasse
- Linienflüge (jeweils Umsteigeverbindungen) mit der Lufthansa von Hannover oder Hamburg nach Bilbao und zurück von Barcelona nach Hannover oder Hamburg in der Economy-Class, 23 kg Freigeepäck
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren (Stand 09/16)
- Flughafentransfers und Rundreise in klimatisierten, modernen Reisebussen
- 7 Hotelübernachtungen in ausgewählten Hotels in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- 7 x Frühstück
- 7 x Abendessen (4 x im Hotel, 2 x im Restaurant in Huesca, 1 x Tapas-Abendessen in Barcelona (jeweils ohne Getränke))
- Weinprobe
- Komplettes Besichtigungsprogramm inkl. Eintritt laut Reiseverlauf
- Führungen / Besichtigungen mit drahtlosem Audiosystem
- Durchgängige, qualifizierte deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung und GdP-Reisebegleitung
- Gebeco-Reiseinformationen inkl. Reiseliteratur je Zimmer

Preis pro Person im Doppelzimmer **1.299 €**

Einzelzimmerzuschlag **345 €**

Folgende Hotels sind für die Gruppe vorgesehen (vorbehaltlich Änderungen):

- Bilbao**
 1 Nacht / Barcelo Nervion o. ä. ★★★★★
- Pamplona**
 2 Nächte / Maissonave o. ä. ★★★★★
- Huesca**
 2 Nächte / Domus Selecta Sancho Abarca o. ä. ★★★★★
- Zaragoza**
 1 Nacht / Eurostar Boston o. ä. ★★★★★
- Barcelona**
 1 Nacht / Ayre Caspe o. ä. ★★★★★



Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Seniorengruppe Niedersachsen
 c/o GdP-Touristik
 Berckhusenstraße 133 a
 30625 Hannover
 Telefon 05 11 / 5 30 38 10
 Telefax 05 11 / 5 30 38 50
 service@gdpservice.de

www.gdpservice.de

Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel, die Sie auch auf der Internetseite www.gebeco.de finden.

Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 30.

DELEGIERTENKONFERENZ

Neue Gesichter im Bezirksvorstand der BG Oldenburg

Am 20. Oktober 2016 führte die BG Oldenburg ihre diesjährige Delegiertenversammlung im Etzhorner Krug durch.

Am Vormittag standen neben dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes vor allem die Neuwahlen im Vordergrund. Jörg Mildahn wurde als Vorsitzender bestätigt. Er führt die Bezirksgruppe nun bereits seit 2005 an. Mit Ilva Wendelin und Joe Pietschmann wurden zwei neue Gesichter in den Vorstand gewählt. Daneben wurde mit Tobias Fenners ein neuer Sprecher für die Junge Gruppe in Oldenburg gewählt.

Am Nachmittag waren dann die Spitzen der Polizei Oldenburg sowie die Vertreter der Landtagsfraktionen zugegen. PVP Bernd Deutschmann begrüßte die Delegierten und betonte die Wichtigkeit der GdP. Polizeidirektor Kai Ditzel, Ständiger Polizeiführer von der Polizei in Bremen, zeigte in kurzweiliger spritziger Art auf, wie der Stadtstaat Bremen versucht, mit Schwerpunkten wie die Flüchtlingssituation, die AfD, die Fußballszene und die Alltagsprobleme mit knapper Personaldecke fertig zu werden. Durchaus überraschende Aussagen bekamen die Delegierten bei der Podiumsdiskussion

im Etzhorner Krug in Oldenburg von der Politik zu hören. Thomas Adasch (CDU-Fraktion), Petra Tiemann (SPD-Fraktion), Christian Dürr (Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion) und Meta Janssen-Kucz (Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen) machten deutlich, dass sie alle die Polizei personell verstärken wollen. Jörg Mildahn, Bezirksvorsitzender der GdP Oldenburg, hatte in seinem Eingangsstatement die Probleme benannt. Die Vertreter der Regierungsfraktionen griffen die Forderungen vom GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff, der mit im Podium saß, nach Verbesserungen bei der Einführung der Heilfürsorge, bei der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) sowie zusätzlichen Stellenhebungen auf und versprachen, sich intensiv für eine Verringerung der Eigenbeteiligung bei der Heilfürsorge, für eine Dynamisierung von Erschwerniszulagen und mehr Beförderungsmöglichkeiten einzusetzen.

Meta Janssen-Kucz gestand im Hinblick auf die Diskussion um das neue Gefahrenabwehrgesetz Spielraum bei der eigentlich geplanten Abschaffung der Kontrollen nach § 12 (6) NSOG zu.

Zum Abschluss des Abends ging es dann ans Büfett um dort die Diskussionen weiterzuführen. **Jörg Mildahn**



Joe Pietschmann, Bernd Dreier, Sven Hoopmann, Anja Surkau, Andreas Surkau, Falk Pokern, Tobias Fenners, Horst Mauritschat und Jörg Mildahn (es fehlt Iva Wendelin).

Foto: Daniel Reinhardt

SCHREIBWERKSTATT

Es braucht knackigen Inhalt

Aus den Bundesländern und der Bundespolizei trafen sich 17 interessierte Frauen Ende Oktober in Potsdam zur Erstauflage vom Seminar „Schreibwerkstatt“. Die Bundesfrauengruppe hatte auf Bitten der Landesfrauen auf der Bundesfrauenkonferenz beschlossen, ein solches Seminar anzubieten.



Anja Surkau und Martina Tietjen

Foto: Annette Terweide

Unter professioneller Führung des Pressesprechers der IG Metall Bayern, Timo Günther, unter der Begleitung der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgeschäftsstelle, Wolfgang Schönwald, und der Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik, Annette Terweide, erfuhr man Wissenswertes über die Pressearbeit. Wie verfasse ich kurz und bündig mit knackiger Überschrift eine Nachricht, einen Bericht oder eine Pressemitteilung und wie kommt dieses dann in den Landes- oder sogar Bundesteil der Deutschen Polizei.

Neben dem richtigen Schreiben lernen stellen wir wieder einmal fest, wie wichtig Gewerkschaftsarbeit für den Ausbau von Netzwerken ist. In Thüringen soll eine beschädigte Brille nicht ersetzt werden, in Bayern gibt es einen zweigeteilten Einsatzanzug in unterschiedlichen Größen der Einzelteile, in Rheinland-Pfalz kann man ein Sabbatjahr beantragen und den im Probelauf befindlichen BH aus Niedersachsen kannte auch noch keine. Gut, dass es sie gibt, die Gewerkschaft der Polizei und die Frauen in der Gewerkschaft.

Anja Surkau,
Landesfrauenvorsitzende



Bezirkssenioren der PD Göttingen

Am 6. Oktober 2016 fand die diesjährige Bezirksseniorenkonferenz der BG PD Göttingen im Naturfreundehaus in Lauenstein statt. Der Vorsitzende Hermann Müller konnte als Gäste den Vorsitzenden des Landesseniorenvorstandes, Erwin Jark, und den Vorsitzenden der BG, Ralf Hermes, besonders begrüßen. Erwin Jark wies u. a. auf das APS-Programm und auf aktuelle Neuerungen im Beihilferecht hin. Als Referent und Gastredner war Johannes Grabbe vom DGB erschienen. Er hielt einen äußerst interessanten Vortrag über die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Weitere TOP waren die Erarbeitung von Anträgen zum LDT der GdP Nds am 7. bis 9. November 2017 in Osnabrück und die namentliche Festlegung der Delegierten zur Landeseniorenkonferenz vom 11. bis 12. April 2017 in Jeddigen.

Am Nachmittag standen Wahlen zum Vorstand an. Neuer und alter Vorsitzender bleibt Hermann Müller. Zu seinem Stellvertreter wurde Kuno Meyer gewählt. Nach vielen Jahren als Schriftführer kandidierte Gerhard Goosmann nicht erneut. Zum neuen Schriftführer wählten die Delegierten Hartmut Freyer. Hermann Müller bedankte sich bei Gerhard Goosmann für die vielen Jahre Vorstandsarbeit und gute Zusammenarbeit. Gerhard bleibt der Seniorengruppe als Vorsitzender der Senioren in der KG Nienburg erhalten. **Hartmut Freyer**

Bezirksdelegiertentag 2016 der BG Braunschweig

Die GdP-Bezirksgruppe Braunschweig hielt ihren zweitägigen Delegiertentag im Hotel Residenz Harzhöhe in Goslar-Hahnenklee ab. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt waren die Vorstandswahlen. Der bisherige Vorsitzende der Bezirksgruppe, Jörg Kremer, wurde von den Delegierten einstimmig erneut zum Vorsitzenden für die kommenden vier Jahre gewählt.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Elke Gündner-Ede, Martina Wojna und Michael Steinhof, als Kasenswart Detlef Ruppelt, als sein Stellvertreter Markus John, Kornelia Wysocki als Schriftführerin, Angelika Kunert als stellvertretende Schriftführerin und Dietmar Schilff als Beisitzer

gewählt. Insgesamt erhielten alle nominierten Kandidatinnen und Kandidaten jeweils das einstimmige Votum der Delegierten.

Unter den Gästen waren der Landrat des Landkreises Goslar, Thomas Brych, der Polizeipräsident der Polizeidirektion Braunschweig, Michael Pientka, der ehemalige GdP-Landesvorsitzende Horst-Udo Ahlers, der ehemalige Vorsitzende des Polizeihauptpersonalrates, Helmut Düngemann, der GdP-Landesvorsitzende und stellv. Bundesvorsitzende Dietmar Schilff, die stellv. GdP-Landesvorsitzende und Mitglied im Bundesvorstand, Elke Gündner-Ede.

Thomas Brych, ehemaliger Leiter der PI Goslar und seit drei Jahren Landrat, machte deutlich, wie wichtig die Tätigkeit der GdP ist und dankte allen Polizeibesetzten für ihre hervorragende Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger.

In einer Podiumsdiskussion unter der Moderation von Sascha Göritz diskutierten im Anschluss der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff, der wiedergewählte Bezirksgruppenvorsitzende Jörg Kremer sowie der Polizeipräsident Michael Pientka die bestehenden und anstehenden Herausforderungen. Hierbei wurde deutlich, dass die Polizeibesetzten hoch engagiert und kompetent ihre Arbeit machen, obwohl an vielen Stellen Mangelverwaltung herrsche. Knappe finanzielle Ressourcen und fehlende Beförderungsmöglichkeiten im Vollzug wie im Verwaltungsbereich führten dazu, dass Beschäftigte in Perspektivlosigkeit zurückgelassen werden. „Wertschätzung drückt sich nicht nur in warmen Worten aus“, sagte der Braunschweiger GdP-Chef Kremer, „sondern muss auch in der Geldbörse spürbar sein!“ Es könne nicht sein, so Kremer weiter, dass Mitarbeiter über 40 Jahre lang ohne Beanstandung ihren Dienst verrichten, aber im Eingangsamt A 9 in die Pension geschickt werden sollen.

Eindrucksvoll wurde er hierbei durch einen Redebeitrag von Helmut Düngemann unterstützt, der an die soziale Verantwortung der Polizeiverantwortlichen appellierte.

Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff erhob die Forderung nach mehr Polizei und gerechter Bezahlung: „Die Belastung steigt stetig an und mittlerweile steht die Besoldung der Polizistinnen und Polizisten in Niedersachsen im bundesweiten Vergleich auf Platz 14. Wie will man unter diesen Umständen attraktiv für junge Menschen sein?“ Er

forderte die Politik auf, in den aktuellen Haushaltsberatungen nachzubessern. Auch auf die Mitarbeiterbefragung ging Schilff ein. Demnach würde ein Drittel der Befragten nicht noch einmal den Beruf des Polizisten wählen, das sei ein bedenklich hoher Wert. Auch die Wiedereinführung des seit 2005 gestrichenen Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, mehr und schnellere Beförderungen, bessere Perspektiven für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte/-innen, die Erhöhung von DUZ auf 5 Euro sowie die gänzlich freie Heilfürsorge bleiben weiterhin Ziele der GdP. Zudem soll die zunehmende Gewalt gegen Polizei-beamte/-innen einen eigenen Paragrafen im Strafgesetzbuch erhalten. Der GdP-Landeschef forderte von der Politik endlich die Umsetzung der über zehn Jahre andauernden Forderung der GdP. Gewalt gegen die Polizei sei „Gewalt gegen unsere Gesellschaft“, so Schilff und sei völlig inakzeptabel. Hier müsse endlich ein klares Zeichen gesetzt werden.

Elke Gündner-Ede verwies auf die anstehenden Tarifverhandlungen für die Länder und skizzierte den Nachholbedarf. Sie appellierte daran, dass viele Polizeibesetzte mit und ohne Uniform bei notwendigen Demonstrationen teilnehmen sollten.

Die GdP-Bezirksgruppe Braunschweig vertritt die Interessen von über 2000 Mitgliedern in der Region zwischen Harz und Heide und wird dies nach diesem Bezirksdelegiertentag auch weiterhin mit viel Engagement tun.

Sascha Göritz und Jörg Kremer

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

- Aust, Gotthard, 24. Juli 1926, Krs.-Gr. Helmstedt
- Harders, Gerwin, 18. April 1940, Krs.-Gr. Wilhelmshaven
- Regendantz, Klaus, 1. Januar 1935 Krs.-Gr. Leer/Emden
- Rohde, Lars, 9. November 1965 Krs.-Gr. Hildesheim

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

